



THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
04 | 2006 JAHRGANG 4

Haushaltsloch Schwarz-Rot zementiert Weg in die Schuldenfalle



Willkommen in der
FDP: Potential an neuen
Mitgliedern und
Sympathisanten wächst



17,2 Prozent:
Spitzen Wahlergebnis
für den Altenburger
Daniel Scheidel



Ladenschlussgesetz:
Kuriosität
der Ladenschlusszwänge
bleibt Thema



Das braucht kein Mensch

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,

„Die Große Koalition hatte sich vorgenommen, die ganz dicken Bretter der deutschen Politik zu bohren. Herausgekommen sind bisher putzige Laubsägearbeiten. So eine Regierung braucht kein Mensch“, so Claus Christian Malzahn in „spiegel-online“ am 3. Juli 2007. Richtig! Anspruch und Wirklichkeit dieser CDU/CSU/SPD-Regierung klaffen weit auseinander. Sich endlich an die Herkulesaufgaben der deutschen Politik wagen – das wollten die Spitzen der Koalition. Fast ein Jahr nach der Wahl verdeutlicht sich das magere Ergebnis: Für die Steuer- und Beitragszahler wird es teurer, dafür bleibt fast alles beim Alten. So auch die Lethargie und Unbeweglichkeit der Koalition insgesamt. Keine Dynamik, keine Begeisterung, keine Gestaltung nur Verwaltung.

Der Mehltau der Großen Koalition legt sich auch über die Große Koalition (de facto) im Land. Die alten Muster der ohnehin

schwächelnden Landtagsfraktionen sind zusammengebrochen. Die CDU kann ihre miserablen Wirtschaftsdaten nicht mehr auf die Bundesregierung schieben, die SPD hat ihr Feuer bezüglich Arbeitsmarktpolitik eingestellt. Seit dem Weggang von Bodo Ramelow erinnert die PDS – wie sie da so schön sitzen – an eine gelangweilte Betriebsversammlung zum Thema Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz. Keine Dynamik, keine Begeisterung, keine Gestaltung, nur Verwaltung.

Ausgewichen wird bei den – immer langweiliger werdenden – Plenardebatten auf Nebenkriegsschauplätze. Extremismus-papiere werden langwierig abgefasst, Stasi-nachwirkungen ausdiskutiert oder die Föderalismusreform ergebnislos erörtert. Mittlerweile berichten die Medien nur noch über das Notwendigste. Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Deregulierung und



Foto: Axel Heyder

Abwanderung spielen im Thüringer Landtag kaum eine Rolle – und wenn, dann ohne erkennbare Auswirkung. Das gemeinsame Motto wird von Sitzung zu Sitzung deutlicher: Allgemeines Warten auf 2009. Dann soll die Kreisgebietsreform in Angriff genommen, die Kulturmittel auf den Prüfstand gestellt und die Neuverschuldung zurück gefahren werden. Die FDP wird 2009 mit einem klaren Wählerauftrag in Sachen Mittelstandspolitik, Abwanderung und Berücksichtigung der ländlichen Räume die Landespolitik gestalten. Als Motor im Landtag setzt sie deutliche Unterschiede zur jetzigem Parlament. Zeit wird's, denn so eine Landespolitik braucht kein Mensch!

Patrick Kurth
Leitender Redakteur, Generalsekretär

Regierung hat nicht viel zu sagen

Die Thüringer Abgeordneten und ihre Redekraft im Deutschen Bundestag

Achtzehn Parlamentarier vertreten Thüringen im Deutschen Bundestag. Sie brachten es laut Parlamentsdatenbank im ersten Plenarjahr auf insgesamt 36 Beiträge. Damit nutzte jeder MdB aus dem Freistaat im Durchschnitt zwei Mal sein Rederecht. Vier Abgeordnete verzichteten darauf. Unter den Parlamentsschweigern gehört immerhin die ehemalige Staatssekretärin Iris Gleicke (SPD). Auch ihr Parteigenosse Ernst Krantz sowie Kersten Naumann (DIE LINKE) und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/ Die Grünen) verzichteten auf Beiträge.

Frau Göring-Eckardt war anscheinend in ihrer Funktion als Parlaments-Vize eher gefragt, als in ihrer Funktion als Abgeordnete. Auf sechs Beiträge schafft es die Thüringer CDU. Die stärkste Thüringer Landesgruppe, die der SPD, beließen es bei lediglich drei Reden. Die hatten es allerdings in sich: Weitgehend unbemerkt von der Öffentlich-

keit brachte Carsten Schneider für die Regierungsfraktion die Mehrwertsteuererhöhung in den Bundestag ein. Ein halbes Jahr vorher hatte er auf dem Erfurter Anger noch heilige Eide gegen dieses Vorhaben versprochen.

Die Opposition meldete sich öfter zu Wort. So erwiesen sich die PDS-Politiker – abgesehen von Naumann, der einzigen



Uwe Barth MdB am Rednerpult des Bundestages

gebürtigen Thüringerin in dieser Landesgruppe – als nicht gerade maulfaul. Dr. Lukrezia Jochimsen, Ex-Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks, verbreitete sich insbesondere zu kulturellen Themen. Frank Spieth hält mit seinen acht Beiträgen derzeit den quantitativen Rederekord und sprach fast so oft, wie alle schwarz-roten Mandatsträger zusammen. Ähnlich Nele Hirsch – die Wahlthüringerin zu Wahlparteitagen fokussierte sieben Mal, vor allem Hochschul-themen. Damit glich sie thematisch dem FDP-Landesvorsitzenden Uwe Barth, der mit fünf Reden ebenfalls deutlich über den Durchschnitt liegt.

Barth – das sei hier nur am Rande erwähnt – machte genau 14,3 Prozent der gesamten Thüringer MdB-Beiträge aus. Tut sich da etwa ein Zusammenhang zwischen diesen und den FDP-Umfrageergebnissen in Deutschland auf? Ingo Stöckel/pak

Quelle: Parlamentsdatenbank des Deutschen Bundestages



An der Sprache sollt ihr sie erkennen!

Bei Sabine Christiansen und Co. können sich unsere Politiker im Glosse-Jungle austoben

Die praktische Politik arbeitet viel mit Schlagworten. Sie stützen die eigene Sache und diskreditieren die des politischen Gegners. Gerade die Vordenker der Linken beherrschen dieses Instrumentarium meisterhaft. Egal ob in Talkshows, auf Plakaten oder in den Medien – der Wortschatz scheint keine Grenzen zu kennen. Man denke zum Beispiel an den sonntäglichen verbalen Schlagabtausch bei Sabine Christiansen – allerdings ist für subtilere Begriffserörterungen oft auch kein Platz, die Teilnehmer dürfen ja meist nicht einmal ausreden!

Oder wer erinnert sich nicht an die parteipolitisch gelungene Prägung in der aktuellen Gesundheitsdiskussion „Bürgerversicherung“ vs. „Kopfpauschale“, die das Ansinnen der Union schon vom Ansatz her alt aussehen ließ. Dabei ist in dem gut klingenden Begriff eigentlich alles falsch. Als Bezeichnung für Krankenversicherung eignet sich das „Bürgerversicherung“ genauso viel oder wenig wie für die Arbeitslosen- oder die Rentenversicherung. Und der Begriff „Versicherung“ ist schon deswegen euphemistisch, weil eine Versicherung gleiche Prämien für gleiche Risiken erhebt und nicht für soziale Umverteilung zuständig ist.

Der daraufhin von der CDU kreierte Begriff „Gesundheitsprämie“ hat aber bei näherer Betrachtung auch seine Tücken. Denn eine Prämie ist doch etwas, was ich

von einer Versicherung zurückerstattet bekomme, weil ich sie beispielsweise nicht in Anspruch genommen habe.

Noch subtiler kann man die Diskriminierung des politischen Gegners treiben, wenn man mit graphischen Hilfsmitteln arbeitet. So rief kürzlich eine Bürgerinitiative zum Kampf gegen Rechtsradikale auf. Dabei verwendete sie ein Plakat, auf dem das „radikal“ in schlecht lesbarer roter Farbe geschrieben war und somit das „Rechts“ optisch dominierte. Damit hat man der politischen Rechten gleich mit eins ausgewischt.

Des weiteren fällt auch auf, dass der Begriff „sozialistisch“ seit der Wende völlig aus der Mode gekommen und durch das positiver klingende „solidarisch“ ersetzt wird, insbesondere in den Reden von Gewerkschaftern und ihnen nahe stehenden politischen Gruppierungen – eine Meisterleistung der politischen Rhetorik, die Begriffe besetzt wie Schachfelder, um damit den politischen Gegner in die Enge zu treiben. Denn wer will schon gegen solidarische Unterstützung der Schwächeren sein?

Ebenso verhält es sich glücklicherweise mit dem Begriff liberal. Da niemand eine liberale Einstellung direkt verunglimpfen will, setzt man flugs eine negativ besetzte Vorsilbe voran. So entstand die in Linkskreisen beliebte aber wirtschaftshistorisch gesehen

grottenfalsche Bezeichnung „neoliberal“ als Schimpfwort für angebliche Raubtierkapitalisten. Dabei hatten die neoliberale Schule in den 1930er Jahren von Eucken, Röpke, Böhm und Hayek eher so etwas wie die soziale Marktwirtschaft im Sinn, die wenig später unter Ludwig Erhard in den Nachkriegsjahren in Deutschland ihren Siegeszug antrat.

Eigentore werden gelegentlich auch geschossen, wenn ich an die Rede von den „Besserverdienenden“ denke. Dabei kann hier die FDP eigentlich nicht mehr gemeint sein: Eher die Grünen, wie zumindest die Höhe der Mitgliedsbeiträge und Erhebungen über die Einkommensstruktur der Sympathisanten nahe legen.

Auch die Konservativen versuchen sich in Begriffsprägungen. Man denke nur an den von Friedrich Merz seinerzeit eingeführten umstrittenen Begriff der „Leitkultur“. Denn auf Nachhaken des politischen Gegners hin wurde es dann selbst innerhalb von Unionskreisen schwierig, dieses Wort inhaltlich zu bestimmen.

Frei nach Kant (Kritik der Urteilskraft) könnte man sagen, so wie das Schöne ohne Begriff gefällt, so gefällt dem Lobbyisten sein Schlagwort ohne nähere Definition. Denn das Auditorium aus der eigenen Konsens-gemeinde weiß aus dem Bauch heraus immer ungefähr, was gemeint ist. hjh

Willkommen bei der FDP

Das FDP-Potential an Sympathisanten, Unterstützern und neuen Mitgliedern wächst

„Wenn die Gesundheitsreform auch noch schief läuft, komme ich zu Euch“, so CDU-Kreisvorstand Christian Müller (Name von der Redaktion geändert) zu einem FDP-Vorstandsmitglied. 3. Juli, Montagmorgen, 5.30 Uhr. Stundenlang wurde durchverhandelt. Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündet die Eckpunkte zur Gesundheitsreform. Wenige Stunden später erhält Müller einen Anruf von der FDP. „Von uns aus kannst Du kommen, wir sind bereit“, so die Einladung der Liberalen.

Diese Anekdote ist ebenso wahr wie bezeichnend. Die innenpolitischen Ergebnisse der Großen Koalition sind deprimierend. Ende letzten Jahres hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Große Koalition als die einzige Konstellation bezeichnet, die die derzeitigen Probleme lösen könne. Große Worte, die längst verhallt sind. Die Umfragen verschlechtern sich – zu Recht – von Woche zu Woche. Dabei sind die traditionell für Regierungen wohlwollenden Sommerwochen noch nicht beendet. Erst Ende September werden sich viele bewusst werden, was Ihnen blüht bzw. wie wenig passiert ist.

Der Frust in der politischen Mitte wird größer. Längst haben sich die meisten Parteien einen ordentlichen Linksdraht verpasst. Gerhard Schröders „Neue Mitte“ wurde von der SPD bereits im Bundestagswahlkampf 2005 aufgegeben. Vom wirtschaftsliberalen Oswald Metzger und der Bürgerrechtspolitik sprechen bei Bündnis 90/Grüne ebenso wenige, wie bei CDU/CSU von Kirchhof oder Merz. Das FDP-Potential an Sympathisanten, Unterstützern und neuen Mitgliedern ist groß. Dies will die Thüringer FDP ebenso nutzen, wie der Bundesverband. So erklärte FDP-Bundesvorsitzender Dr. Guido Westerwelle: „Wenn sich der FDP immer mehr enttäuschte Unionswähler zuwenden, ist das nur konsequent, denn die FDP steht anders als große Teile der Union nach wie vor für einen Politikwechsel hin zu einer marktwirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands.“ Auch FDP-Landeschef Uwe Barth will die Enttäuschten direkt für die Liberalen gewinnen. „Ihre nachvollziehbare Abwendung von den Großparteien darf

nicht dazu führen, dass sie sich aus der politischen Mitte verabschieden. Die FDP steht bereit und heißt sie herzlich Willkommen“, so Barth. Ein erster Schritt könne besonders der Wirtschaftssektor der kleinen und mittleren Unternehmen sein.

Das scheint bereits jetzt große Erfolgsaussichten zu haben. Der neue Kreischef der FDP-Weimar, Norbert Staniszewski, sieht immenses Potential bei der Wirtschaft. „Wir sprechen Mittelständler und Geschäftsführer direkt an – mit Erfolg. Bisher haben sich nicht wenige dafür bereit erklärt, bei einem Liberalen Wirtschaftsportal mitzumachen.“ Gemeint ist eine Liberale Plattform für Unternehmen. Diese ist als Liberale Mittelstandsvereinigung oder als Liberale Mittelstandsinitiative in Teilen Thüringens bereits regional aktiv. Potential für einen landesweit agierenden Verband besteht. Liberale Politik sei bei Unternehmen angesichts der Großwetterlage gefragter denn je. Allerdings: „Da klopft keiner an die Tür. Die wollen angesprochen werden. Ablehnung gegenüber den Liberalen gibt es aber selten.“ Zumal angesichts konkreter Ergebnisse der Landes- und Bundespolitik Unternehmen ihr bisheriges Engagement überdenken. „Wer gegen linke Politik Geld spendete, um anschließend linke Politik zu erhalten, wird sich überlegen, ob sich diese Investition lohnte“, meint Generalsekretär Patrick Kurth. Seiner Ansicht nach ist die Zusammenarbeit mit Unternehmen „die Wiederherstellung des Ist-Zustandes“. Die Zeit sei reif für umfassendere Akquirierungen. Kurth sieht große Chancen vor allem bei denjenigen, die in den letzten Monaten „politisch heimatlos“ geworden sind.

Die FDP habe auf Bundes- wie Landesebene unverkennbare Angebote: Ein klares Steuerrecht, entkrampfte Arbeitsregelungen, Entbürokratisierung aber auch die Themen Abwanderung, Kulturpolitik oder ländliche Räume sowie die Konzentration auf kleine und mittelständische Unternehmen. Verstärkt werden müsse allerdings, so Kurth, die Direktansprache an Sympathisanten. Die Kreisverbände könnten dies gut bewerkstelligen, so wie bei Christian Müller. *red*



Nicht nur für Christian Müller: „Meine Unabhängigkeitserklärung“ – der FDP-Aufnahmeantrag zum Ausschneiden und weitergeben

Meine Unabhängigkeits-Erklärung.

Ja, ich möchte Mitglied der Liberalen werden und beantrage hiermit meine Aufnahme in die Freie Demokratische Partei. Ich erkläre, dass ich keiner anderen Partei angehöre.

Ich möchte auch Mitglied der Jungen Liberalen werden und beantrage hiermit meine Aufnahme.

ja nein

Ich möchte Infos über andere Vorfelddorganisationen.

ja nein



Aufnahmeantrag

Name Vorname(n)			
Straße Hausnummer			
Postleitzahl		Wohnort	
Telefon privat	Fax privat	beste telefonische Erreichbarkeit	e-mail
Geburtsdatum	Nationalität	Beruf	<input type="checkbox"/> angestellt <input type="checkbox"/> selbstständig
Ich habe die Beitragsstaffel zur Kenntnis genommen und leiste einen Monatsbeitrag in Höhe von ____ EURO			
Datum Ort		Unterschrift	

Senden Sie diesen Aufnahmeantrag ausgefüllt und unterschrieben an Ihre FDP vor Ort oder an die FDP – Liberaler Parteiservice, Winkelsweg 2, 53175 Bonn.

aufgenommen durch Beschluss des _____-verbandes _____ vom _____



Haushalt 2006

Rot-Schwarze Haushaltspolitik schafft nach sieben Jahren Rot-Grün keine Wende, sondern zementiert den Weg in die Schuldenfalle

„Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen.“ – „Wir werden es grundlegend anders machen, damit es grundlegend besser wird für Deutschland.“ Ein Zitat stammt von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, das andere von ihrem Vorgänger Gerhard Schröder. Wer welchen Satz sagte, ist letztlich unerheblich. Beispiel Haushaltspolitik: Der Bundeshaushalt 2006

ist in seinen wesentlichen Eckdaten noch schlechter als der Haushalt 2005:

- ▶ Die Neuverschuldung übertrifft mit 38,2 Milliarden Euro das Vorjahr um lockere sieben Milliarden Euro.
- ▶ Die Gesamtausgaben steigen mit 261,6 Milliarden Euro erneut.
- ▶ Die Investitionsquote ist mit 8,9 Prozent auf historisch niedrigem Niveau.

Der Haushalt 2006 zeigt – wie in vielen anderen Bereichen auch – die Widersprüchlichkeit der Koalition. In der Koalitionsvereinbarung hieß es noch, dass im Gegensatz zu Rot-Grün die Konsolidierungspolitik im Vordergrund stehe. Geradezu betörend das Ergebnis: Rund 38,2 Milliarden Euro Neuverschuldung! Und dies trotz erneut steigender Steuereinnah-

men (!) und einem höheren Bundesbankgewinn. Der erste rot-schwarze Haushalt schafft nach sieben Jahren rot-grüner Haushaltspolitik keine Wende. Im Gegenteil: Besonders CDU/CSU wenden sich von ihren Forderungen aus der Oppositionszeit und des Wahlkampfes ab. Längst vergessen sind Kirchhof oder Merz, längst vergessen sind die Diskussionen um Verschuldungsproblematik, Vermögensverzehr oder Forderungsverkäufe. Fazit: Die Union macht das Gegenteil von dem, was sie noch bei den letzten Haushaltsberatungen angemahnt hat.

„Wir werden alles grundlegend genauso weitermachen“ – eher unter diesem Motto steht die Finanzpolitik von Union und SPD. Wachstum soll über schuldenfinanzierte

Konjunkturprogramme angekurbelt werden, trotz der Tatsache, dass solche Programme – wenn überhaupt – nur kurzfristige Strohfeuer entfachen. Was bleibt, sind noch mehr Schulden.

Alternative zur Staatswirtschaft und Programm der FDP ist eine Konsolidierung des Haushalts über mehr Wachstum durch mehr Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen. Ein einfaches, niedrigeres und damit gerechtes Steuersystem wird mehr Steuereinnahmen einbringen und weniger für den Einzelnen erreichen. Denn Dreh- und Angelpunkt ist der Arbeitsmarkt. 4.5 Millionen registrierte Arbeitslose sind nicht nur 4.5 Millionen Empfänger staatlicher Hilfen oder 4.5 Millionen „Kunden“ der überforderten und

überteuerten Arbeitsagentur, sondern vor allem 4.5 Millionen fehlende Steuerzahler. Die Binnenkonjunktur wird damit kaum anspringen. Auch nicht mit einem schuldenfinanzierten 25 Milliarden Euro teuren Gebäudesanierungsprogramm oder der verbesserten Absatzbarkeit von Handwerkerrechnungen. Und erst recht nicht über höhere Steuern.

Der Haushalt 2006: Angesichts falscher finanz-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Weichenstellungen ein Zahlenwerk ohne Perspektive für Bürger und Unternehmen. Das Ganze erinnert an die klassische Frage von Karl Dall an Inge Meysel: „Wenn Sie Ihr Leben nochmals leben könnten, würden Sie dann wieder alles genauso falsch machen wie in diesem Leben?“ pak

Zu Gast in Parlamenten

Libérale Frauen auf Reisen

Essen im Roten Rathaus, Informationsgespräch im Auswärtigen Amt, Stadtrundfahrten mit politischen Höhepunkten, Diskussionsrunde mit Bundestagsabgeordneten oder Besichtigung des Reichstages, dazu die Übernachtungen und die Busfahrt kostenlos – die dreitägige „Berlin Reise“ auf Einladung des FDP-Bundestagsabgeordneten Uwe Barth gemeinsam mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat es ohnehin in sich. Wenn dann aber die Fußball-Weltmeisterschaft ganz Berlin in WM-Fieber versetzt und das Spiel Deutschland-Polen zeitgleich den ersten Höhepunkt markiert, sind außergewöhnliche Erlebnisse garantiert. Mitte Juni hatte Barth 50 Thüringerinnen und Thüringer nach Berlin eingeladen.

Ein ähnliches Angebot nahm kurz zuvor eine Reisegruppe der Liberalen Frauen samt männlicher Begleitung wahr, allerdings nach Brüssel und Antwerpen. Der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Holger Kraemer aus Leipzig hatte die Thüringer bereits zum zweiten Male zu Gast. Und auch dieses Programm war anspruchsvoll und abwechslungsreich: Besuch des Europäischen Parlamentes mit Besichtigung, Gespräch in der Vertretung der Bundesrepublik bei der EU, Stadtführung durch EU-Viertel und historisches Zentrum sowie

Abendessen mit dem Abgeordneten Holger Kraemer.

Beide Fahrten boten vieles in einem: Politische Bildung, Kultur, Städteurlaub, Erfahrungsaustausch und Mitgliederwerbung. Denn an beiden Fahrten nahmen auch parteilose Bürgerinnen und Bürger teil. Mit Erfolg: „Vier Frauen aus der Reisegruppe haben mir einen Aufnahmeantrag für die Liberalen Frauen Thüringen über-

geben, das ist schon ein besonders schönes Ergebnis“, so die Landesvorsitzende Gisela Sparmberg.

Die nächste Tour nach Berlin findet im Oktober statt. Auch wenn der Fußballrummel dann längst verfliegen ist, die Fahrt wird erneut voll besetzt sein. Interessierte können sich beim Wahlkreisbüro von Uwe Barth in Jena (Telefon 03641 420974) erkundigen. Sparmberg/pak



Die Liberalen Frauen, gemeinsam mit Uwe Barth MdB vor dem Deutschen Bundestag in Berlin

Ideen in Farbe und Form



GEBR. FRANK KG
Graphischer Betrieb



**Drucksachen
Verpackungen
Mailing-Produktion**

Ludwig-Jahn-Str. 2
07545 Gera
Tel.: (0365) 43 46-0
Fax: (0365) 43 46-299
www.gebr-frank.de

MOORE

GmbH

An der Flurscheide 20
99098 Erfurt

Tel.: +49 (0)361 654 33 - 0
Fax.: +49 (0)361 654 33 - 20
E-Mail: info@moore-gmbh.de

Tiefbauerzeugnisse in Thüringen
produziert:

- HDPE Kabelschutzrohre
- PE 80/ PE 100 Rohre für Wasser, Abwasser und Gas
- diverses Zubehör

17,2 Prozent

Altenburger mit Spitzenergebnis

„Bis zum Beweis des Gegenteils behaupte ich, dass in den letzten Jahrzehnten kein FDP-Landratskandidat mehr Stimmen geholt hat, als unser Kandidat Daniel Scheidel“ erklärte FDP-Landeschef Uwe Barth dem Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle. Letzterer beglückwünschte Scheidel persönlich. Er habe ein für die gesamte FDP beeindruckendes Ergebnis geholt.

Bereits bei der Kommunalwahl 2004 hatte der FDP-Kreisverband die untaugliche Politik des amtierenden SPD-Landrats Sieghardt Rydzewski in das Zentrum des Wahlkampfes gestellt. Mit dieser Strategie gelang nach zehn Jahren der Wiedereinzug in den Kreistag. So stand für die Altenburger Liberalen schon zu Jahresbeginn fest, was sie ihren Wählern schuldig waren: Auch 2006 sollte Rydzewskis fragwürdigem Politikverständnis mit sachbezogenen Inhalten eine glaubwürdige Alternative gegenübergestellt werden.

Im Februar wurde Daniel Scheidel, Wirtschaftsförderer der Stadt Altenburg, zum Landratskandidaten der Liberalen nominiert. Die Linkspartei hatte zuvor zugunsten des Amtsinhabers auf einen eigenen Kandidaten verzichtet. Die Frontlinie war klar, erklärte Ziel der FDP: Sieghardt Rydzewski musste zumindest in die Stichwahl gezwungen werden. Ein hochgestecktes Ziel angesichts des Amtsbonus des Landrates.

Zum Auftakt des Wahlkampfes griff Scheidel u.a. die wirtschaftsfeindliche Kreditvergabepolitik der Sparkasse Altenburger Land an. Dass dieses Thema, zusammen mit den exorbitanten Kosten für die Verwaltungsratsitzungen der Sparkasse, über weite Strecken den Wahlkampf bestimmen würde, konnte niemand ahnen. Doch durch die interessierte

Öffentlichkeit und eine engagierte Presse mussten sich Landrat und Sparkassenchef vielen unangenehme Fragen stellen. So wirkten sie per einstweiliger Verfügung die Streichung ganzer Passagen aus den Pressemitteilungen der FDP und den Artikeln der Osterländer Zeitung auf der Webseite der Liberalen, www.fdp-abg.de. Das Ganze ging soweit, dass versucht wurde, dem FDP-Kandidaten und seinem Wahlkampfmanager Torsten Grieger, Inhaber einer Agentur für Kommunikationsdesign, per BILD-Zeitung (10. April) eine Amigo-Affäre im Altenburger Rathaus anzudichten.

Trotzdem schaffte es Scheidel mit permanenter Präsenz in der Presse, intensivem persönlichen Einsatz, insbesondere aber mit seinem klaren Programm für kommunale Wirtschaftspolitik, dem Gegenwind zu widerstehen. Er gewann schnell an Profil und Vertrauen. Willkommene Unterstützung erhielt er durch Wolfgang Gerhardt, der neben einem gemeinsamen Firmenbesuch auch Zeit für einen Marktplatzzwischen fand.

Am Ende ist es Scheidel zwar nicht gelungen, die angestrebte Stichwahl zu erzwingen. Aber mit 17,2 Prozent hat er dennoch „aus dem Stand“ ein mehr als respektables Ergebnis für sich und seine Partei erzielen können. Damit wurde die Basis für weitere Erfolge der Liberalen im Altenburger Land und in Thüringen gelegt.

Auch Uwe Barth strich heraus, dass dieses Ergebnis ein wichtiger Grundbaustein für den künftigen Erfolg sei. „Wer gute 17 Prozent Zustimmung im ersten Anlauf holt, zeigt nicht nur, wie überzeugt die Wählerinnen und Wähler von ihm sind, sondern auch, welches Potential er hat.“ *Torsten Grieger/led*



Wolfgang Gerhardt im Gespräch mit Daniel Scheidel in einem Altenburger Café

Gestärkt

Liberaler Kommunalpolitik wird wieder wahrgenommen

Der 41-jährige Bauingenieur Dirk Bergner aus Hohenleuben (Greiz) wurde als Landesvorsitzender der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) wiedergewählt. Bergner ist seit zehn Jahren als Stadtrat in Hohenleuben sowie seit zwei Jahren als Mitglied des Greizer Kreistags kommunalpolitisch aktiv. Er gehört dem FDP-Landesvorstand an.

Auch Bergners Stellvertreter wurde mit Marcel Hardrath (Nordhausen) wiedergewählt. Besonders freute den alten und neuen Vorsitzenden, dass in die Reihen der Beisitzer „samt und sonders hochkarätige, gestandene Leute“ gewählt wurden. So ist mit Horst Gärtner der Straufhainer Bürgermeister und erste Vorsitzende der Thüringer VLK wieder im Vorstand aktiv. Herbert Bernhardt (Bürgermeister von Schkölen) und Kurt

Lachmund (Bürgermeister von Brotterode) gehören bereits zu den langjährigen Vorstandsmitgliedern, während mit Hans-Jürgen Lehmann (Bürgermeister von Mörsdorf) und Norbert Ortloff (neun Jahre Bürgermeister von Rothenstein, jetzt Verwaltungsmitarbeiter in der dortigen VG) weitere kommunalpolitische Experten das Team abrunden.

Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker versteht sich als Netzwerk für kommunale Mandatsträger und Mitarbeiter, die der FDP angehören oder ihr nahe stehen. Es zeige sich, so Dirk Bergner, dass es zunehmend gelingt, diese Rolle auszufüllen. „Wir werden wieder wahrgenommen. Liberale Kommunalpolitik ist und bleibt in Thüringen unverzichtbar“, sagte der Vorsitzende abschließend. *red*

Kurios

Ladenschlussgesetz bleibt Thema

Es bleibt kurios – zumindest für Besucher Deutschlands. Wer einkaufen will oder Dienstleistungen in Anspruch nimmt, darf dies nur zu festen Zeiten. Bei Verstoß ist mit Strafe zu rechnen, die von Bußgeld bis Gefängnis reicht. Mondscheinfrisörin Ilka Brückner spürte dies vor sechs Jahren, als sie für einen guten Zweck um Mitternacht Haare schnitt. Dass sie das Bußgeld dafür nicht zahlte und deshalb in Beugehaft genommen wurde, hinterlässt bis heute Fassungslosigkeit und war für die Medien selbst im Ausland interessant.

In ihrem Salon drehte ein Kamerateam des amerikanischen Senders DDC für eine Reportage zum deutschen Ladenschluss. Für Redakteur Dennis Mascarenhas aus Los Angeles blieb unverständlich, warum die Mondscheinfrisörin für ihren Arbeitsfleiß eingesperrt wurde. Immerhin aber ist der Ladenschluss für Frisöre im

letzten Jahr gekippt worden, nicht zuletzt wegen Brückners Einsatz.

Andere Bereiche unterliegen weiter dem Gesetz. Dabei würde dessen Aufhebung wohl kaum dazu führen, dass kleinere Geschäfte nicht überleben könnten. Derzeit verschiebt sich der Einkauf außerhalb des Ladenschlusses auf das Internet oder die Tankstelle. Nischenläden mit besonderen Aktionen wie Vollmond-Einkauf werden komplett ausgebremst. An der deutschen Ostseeküste übrigens ist seit langem der Ladenschluss aufgehoben, ohne dass ein Sterben des kleinen Gewerbes zu beobachten war.

Zunächst aber bleibt die Kuriosität der Ladenschlusszwänge erhalten. Entsprechend kann Mondscheinfrisörin Ilka Brückner sicher noch weitere Mediengäste aus dem Ausland empfangen. Obwohl der Ladenschluss für ihren Bereich aufgehoben ist. *pak*



Argumente von Baader, Blankertz, Bouillon, Doering, Habermann, Hoppe, Weede und vielen mehr jeden Monat in:

eigentümlich frei
INDIVIDUALISTISCH KAPITALISTISCH LIBERTÄR



Nichts für die Masse!



Capitalista

Bücher von Erhard, Friedman, Popper, Rand, Rothbard, Hayek, Mises, und vielen anderen mehr!

July/Aug 2006 - 9, 36 - No. 64 - EUR 6,80 - ISSN 1617-5350 - www.efmagazin.de

eigentümlich frei
INDIVIDUALISTISCH KAPITALISTISCH LIBERTÄR

„Politiker wollen immer nur Dein bestes – Dein Geld!“

Staatsmedizin von Dr. Horror
Mein Körper gehört mir! Und nicht den Bürokraten!

Die Wut der jungen Brüder
Wie Bürgerkriege wirklich entstehen

Eisenbahn-Baron mit Dampf
Über die Ursprünge staatlicher Monopole

Der Media-Markt-Mann
Er ist so frei: Der hässlichste Anwalt aller Zeiten

Kapitalisten-Avantgarde
PFS: Professoren machen für den Markt mobil

Libertäre Zeitschrift:
www.ef-magazin.de

Liberaler Literaturladen:
www.capitalista.de

„So gut wollte ich niemals werden“

Oberbürgermeister Röhlinger verabschiedet

„Außerordentliche Stadtratssitzung“ – so der formale Titel der Veranstaltung. Dahinter verbarg sich der Empfang zur Verabschiedung des Jenaer FDP-Oberbürgermeisters Dr. habil. Peter Röhlinger. 500 Gäste, darunter Ehrenbürger Lothar Späth, Ministerpräsident Dieter Althaus und der Vizepräsident des Städtetages Martin Biermann erwiesen dem langjährigen Oberbürgermeister ihre Reverenz. Nach insgesamt elf Rednern ergriff Röhlinger selbst das Wort, obwohl – wie er einführte – nicht zu jenen gehöre, „für die eine Tagesordnung erst dann abgearbeitet ist, wenn jeder etwas dazu gesagt hat“. Und: „Was von mir und über mich gesagt worden ist, so gut wollte ich niemals werden.“ Lothar Späth hatte über den Beginn des gemeinsamen Wirkens unterhaltsam

gesprochen. „Wir waren zwei Lehrlinge“, sagte der Ex-Ministerpräsident über den habilitierten Tierarzt. Letzterer – so Späth – hätte mit allem gerechnet, nur nicht damit, dass er einmal Oberbürgermeister von Jena werden würde.

Oberbürgermeister wurde Röhlinger 1990. Damals ging er im dritten Wahlgang als dritter Kandidat im Stadtrat als Sieger hervor. Anschließend wurde Röhlinger zwei Mal von den Jenaern direkt wiedergewählt. Erneut antreten durfte er aus Altersgründen nicht mehr: Röhlingers Politik war freiheitlich geprägt. Späth bestätigte: „Am schönsten waren die ersten zwei Jahre, in denen es keine Regeln gab. Für die Goethe-Galerie und den Uni-Campus haben wir einen Preis in Cannes erhalten, obwohl wir für dieses



FDP-Kreischef Andreas Wiese, Peter Röhlinger und Generalsekretär Patrick Kurth (von links)

Gebiet nicht mal einen Bebauungsplan hatten. Wir haben uns danach noch öfter erst loben lassen und danach die Genehmigung eingeholt. Wiederholungstäter eben.“

Trotz FDP-Landesvorsitz in den 90er Jahren verstand sich Röhlinger „immer als Bürgermeister und nicht als Parteimeister“. Dieser Satz, zum FDP-Neujahrsempfang 2006 formuliert, deutete Röhlingers Haltung zu einem möglichen FDP-Nachfolger an. Die Kreis-FDP stellte keinen Kandidaten auf. Nach seiner Verabschiedung will Röhlinger, nicht zuletzt dem zahlreichen Rat der Redner folgend, sein Leben ein wenig genießen. „Allerdings nicht in dem Sinne, dass ich mich jetzt satt zurücklehne und Müßiggang betreibe, sondern ich werde weiter umtriebiger tätig sein.“ pak

Jüngste Eintritte

Wir begrüßen bei der FDP Thüringen: Beatrice Rücker, Elsa von Hirschhausen Frank Jaquemoth, Gudrun und Günter Bechstedt, Karsten Ziervogel, Michael Junge sowie Ute und Thomas L. Kemmerich. Herzlich Willkommen bei den Thüringer Liberalen!

Vorankündigungen

Neuer FDP-Kreischef in Weimar ist Norbert Staniszewski. Er löste Maria-Elisabeth Grosse ab. Ihr sei für ihr langjähriges Engagement und ihren Einsatz für die FDP ge-

dankt. Herrn Staniszewski für die Zukunft viel Erfolg und alles Gute.

Zum Schluss

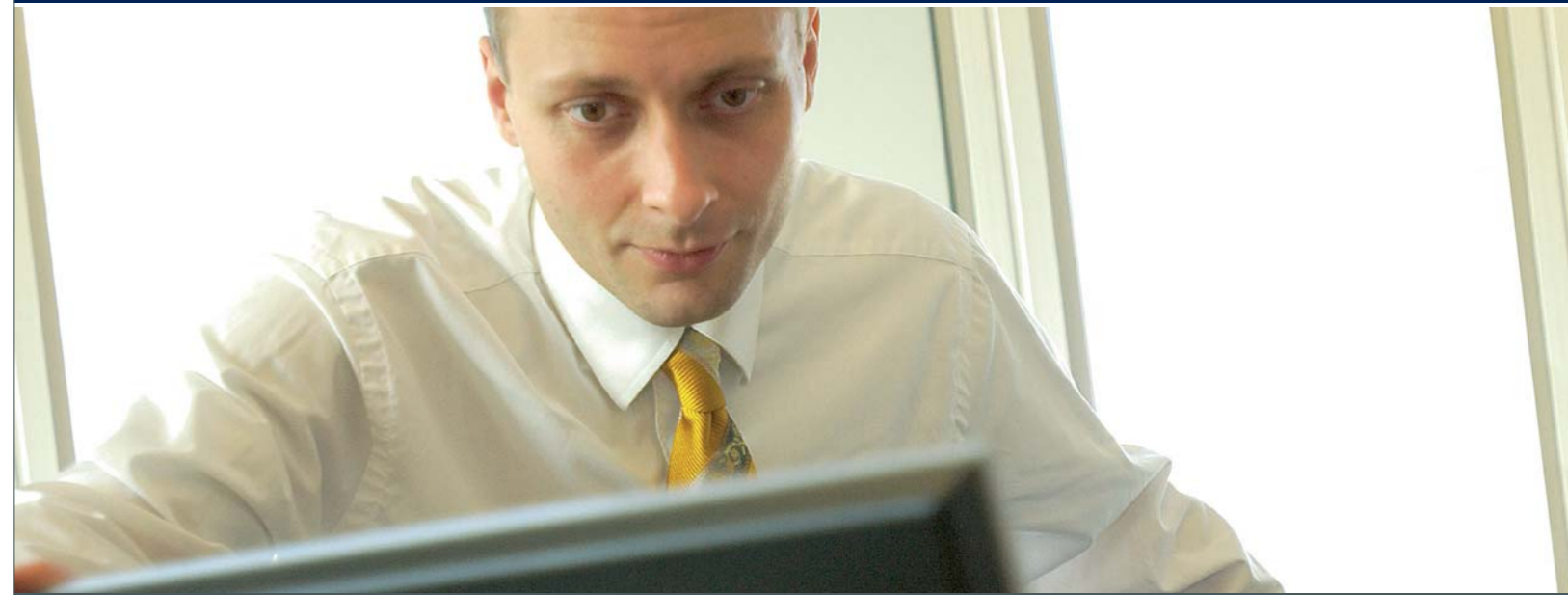
Die Jungen Liberalen Thüringen haben eine besondere Sommerlochfüllung einfallen lassen. Per zeitgemäßem Videoblog ist im Internet „Dieter-TV“ zu verfolgen. Juli-Chef Gerhardt Jahns, Vize Johannes Bruhns und Geschäftsführer Patrick Brauckmann diskutieren wöchentlich über die Leistungen des Ministerpräsidenten Dieter Althaus. Ein großer Spaß zur Sommerzeit, der unter www.gelbes-sommerloch.de abrufbar ist.

GEBURTSTAGE

Herzlich gratulieren wir zum Geburtstag Annett Pröhl, Alexandra Leykauf, Karsten Komischke, Marian Koppe, Paul Gellner, Christoph Burmeister, Matthias Purdel, Bernhard Schönau, Matthias Lindig, Bernd Karnstedt, Prof. Dr. Olaf Werner, Dr. Hartmut Sieckmann, Peter Fräbel, Detlef Zschiegner.

Nachträglich sei Landesvize Lutz Recknagel zum 40. Geburtstag sehr herzlich gratuliert.

Besonders herzlichen Glückwunsch an die zahlreichen Geburtstagskinder, die hier nicht namentlich aufgeführt wurden.



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

EU LÄSST POLENS RADIKALE GEWÄHREN – WEIL SIE SICH KEINEN RAT WEISS

„Dieses Polen will ich nicht in der EU“

Polen hat die in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschriebene Ächtung der Todesstrafe in Frage gestellt, ebenso wie die Pressefreiheit und auch die Grundrechte sowie die Unabhängigkeit der Zentralbank.

Weniger als zwei Jahre nach der Aufnahme Polens in die Europäische Union haben Lech und Jaroslaw Kaczynski und ihre PiS, die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit, die Wahlen am 25. September 2005 in Polen gewonnen. Die PiS vertritt nationalkonservative, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eher wohlfahrtsstaatliche Positionen, gilt außenpolitisch als europaskeptisch und steht Deutschland und Russland kritisch gegenüber. Programmatisch betont sie den Ausbau der inneren Sicherheit durch Verschärfung der Strafgesetze bis hin zur Todesstrafe und den Kampf gegen Korruption.

Die Reaktionen auf Lech Kaczynskis Forderung, man müsse die deutsche taz wegen einer Karikatur strafrechtlich belangen, verhalten nach zwei Tagen öffentlichen Kopfschüttelns und damit Solidaritätsbekundens der übrigen Presse schnell, obwohl die polnische Staatsanwaltschaft tatsächlich gegen den taz-Autor ermittelt. „Die Überreaktion der polnischen Regierung auf eine zugegeben geschmacklose taz-Karikatur und auch die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit sind Hinweise auf die demokratische Unreife der polnischen Gesellschaft. Das Klima ähnelt dem deutschen des 19. Jahrhunderts“, meint Krahmer. Der Christopher-Street-Day wurde in den Vorjahren vom bisherigen Warschauer Bürgermeister Lech Kaczynski verboten.

In diesem Jahr billigte ein Verwaltungsgericht die „Gleichheitsparade“, auch Holger Krahmer war am 10. Juni in Warschau, um für Polens Homosexuelle zu streiten. Der liberale Europaparlamentarier bestätigt die Eindrücke: „Die Stimmung in Polen ist noch viel schlimmer als die eigentliche Rechtslage. Öffentliche Anfeindungen und Pöbeleien sind en vogue. Und wer auf die Hilfe der Polizei bei Angriffen hofft, wird manchmal stundenlang im Stich gelassen, solche Situationen wurden mir immer wieder geschildert. Das stellt Rechtsstaatlichkeit doch wohl infrage!“

Einschränkung der Presse- und Demonstrationsfreiheit, und nun auch noch die Wiedereinführung der Todesstrafe, alles unvereinbar mit den europäischen Grundwerten. „Da wirkt die EU recht hilflos“, meint Krahmer. „Außer Presseerklärungen wird da nicht viel passieren. Aber was kann denn auch passieren? Eine Aufnahme kann man nicht rückgängig machen. Obwohl ich ganz offen sage: Dieses Polen will ich nicht in der EU. Denn unbedingte Rechtsstaatlichkeit, der Wille zur Demokratie und die Achtung der Grundrechtscharta sind absolute Voraussetzung für die europäische Staatengemeinschaft.“ Dann weist Holger Krahmer noch auf Polens Status in der EU: „Polen ist das mit Abstand größte Empfängerland von EU-Geldern. 20 % der EU-Mittel für die regionale Entwicklung stecken wir allein in die polnische Infrastruktur. Es ist Zeit, diesen Mitgliedsstaat der EU mit Nachdruck zur Vernunft zu bringen: Geld und Grundwerte oder keine Grundwerte und kein Geld.“

HOLGER KRAHMER . MITGLIED IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10G142 . 60 RUE Wiertz
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . FAX +32 2 28-49344
HKRAHMER@EUROPARL.EU.INT . WWW.HOLGER-KRAHMER.DE

Das Kompetenznetzwerk für perfekten Brandschutz

Brandschutzbüro Schalla

Gesellschaft für Dienstleistungen und Feuerschutz mbH



Feuerwehrpläne
Feuerwehr-Laufkarten
Flucht- und Rettungspläne
Alarm- und Gefahrenabwehrpläne
Feuerlöscher und Service

Ihr kompetenter Partner für Sicherheit

FPC Fire Protection Concept GmbH

Brandschutzgutachten
Brandschutzkonzepte
Brandschutztechnische Baubetreuung
Brandschutzberatung

weltweite Referenzen



Brühl 4 • 04600 Altenburg • Telefon 03447 / 8991-0 • Telefax 03447 / 8991-77
info@bsb-schalla.de • info@fpc-network.de



Wat is en Jesundheitsfong?

Aus dem Nachlass von Heinrich Spoerl

Ein Klassenzimmer in der Gesamtschule in Bocklemünd, einem Stadteil von Köln. Circa zwanzig Achtklässler verteilen sich nachlässig im Raum. Der weißbärtige Oberlehrer Bömmel gibt Unterricht in Sozialkunde. Die Aufmerksamkeit ist mäßig.

Bömmel: Kinders, det Kultusministerjum will von uns Lehrer mehr Dings, na Praxisnähe. Wir solln diskutiern mit euch über aktuelles Zeugs in de Politik und der Welt. Na jut, wenn de hohen Herrn so wolln, dann rin inne Sozialpolitik. Wat für ne Bejriff jeistert da rum im Blätterwald? Jesundheitsfong? Wat is en Jesundheitsfong? Also Kinder

die Kurv jekriegt, do mit Wirtschaftswachstum un de soziale Marktwirtschaft, bis de Sozis jekommen sin und nur noch umverteilen jewollt han.

Und da de Marktwirtschaft jut funktioniert hät und alle brav jearbeitet han, weil se ja froh wore dat se zwölf Stunden am Dach arbeeten durfte, ohne dat de Stukas rumjebombt ham, jabs ja auch immer mehr zum umverteilen.

ErnahöruffzuSchwätze! So und sobald da was zum umverteile war, da schlägt – Kinders opjepass! – die Stunden der Politiker: Wat is nu en Politiker? Also Kinders, da künn mer uns nu wirklich janz dumm stelle

janz dumm und sagen so: Wenn de Jewerkschaft fünf Prozent mehr Lohn will und de Bosse wollen blos en Prozent mehr jebn, dann kann man sich irgendwann uff drej einige. Wenn isch aber ne Kopfpauschal han und en Bürgerversicherung (die Klasse bejinnt immer unruhiger zu werden) –

HansichnehmirdetJummidingwechwenndenocheinMALdamitrumschnallt undCillihöruffzukuppeln – Wenn ich also ne Kompromiss machen soll quasi zwischen nem Bauernhaus und nem U-Boot dann jet det nich.

Und da kommt dann so en Ding raus, det beim Kassiern ne Bürgerversicherung is – Wat is ne Bürgerversicherung überhaupt? En Quatschwort für wat wat nich Bürger un nich Versicherung is – un beim Auszahle an de Krankenkass ne Kopfpauschal. Wat is en Kopfpauschal? Da zahlt halt jeder det Jleiche und deswegen sind die alle so unzufrieden weil's nit besser jeht und de Leut (es klingelt zur Pause) ach Mist jetz is die Stund schon widder um.

NuschreibtaufinsAufgabenbuch: SoziAAle Marktwirtschaft nachlesen wat det is und uswendiglerne det ganze – der Rest is eh Kokolores.



da stellen wir und janz dumm und sagen so: En Jesundheitsfong wird jemacht wenn – oder besser der Jesundheitsfong zeigt dat es en Problem jibt oder – der Zweck is eijentlich ... Äh, Kinder isch seh da een Problem. Wenn isch wat zum Jesundheitsfong sagen soll, dat Ding is so kompliziert, da kann isch misch ja nit so dumm stelle. Da muss isch eijentlich ne ganze Menge vorab erklären. Da muss isch eijentlich janz weit ausholen (Er holt mit beiden Armen ganz weit aus). Wo soll isch da überhaupt anfangen? Also jut, fang mer in der Stunde Null an. Et wor einmal en usjebombtes vom Kreesch zerstörtes Land. Und weil et so usjebombt und fertig wor, da wollt et eijentlich jar niemand mehr rejern. Dat is die Stunde – merkt euch dat Kinders! – der Fachleute.

ErichhöruffdeMoniandeHaaruziinn! Der Erhards Ludwich hat dann och janz schnell

und sagn so: Ne Politiker is eener, der fürs Umverteilen von denn Jeld von die andere Leut noch Jeld und Pension kriecht, so wie ne Vertreter sing Provisjon, uch für die Kühlschränke an die Eskimos kriecht. Wo wor ich stonjeblibbe? Ja, so un dat die Leut det nit merke und och denken, dat et janz kompliziert is, mit dä Politik streiten die janzn Politiker immer rum. Und so wor et och mit der Jesundheitsreform und jetzt simmer schon fast beim Thema:

Fritzzappelnichrum! Also wenn do en Problem recht lange behalten willst – sagt dir jeder Parteistrateje – dann musst de alle Ideen vorher in de öffentliche Diskussjon zernähren bis nix mehr übrig bleibt. Dann machste ne große Koalitiön – weil die Wahlergebnisse immer knapper werden und weil keen Wähler mehr durchblickt und dann is et mittn Kompromiss so: Also wat is en Kompromiss überhaupt? Da stelln mer uns

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber ▶ FDP Thüringen, Pressestelle
Tschalkowskistraße 35
D-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung ▶ Patrick Kurth

Redaktion ▶ Jost Hofmann (jh)
Patrick Kurth (pak)
Klaus-Dieter Landgraf (kd)

Layout & Satz ▶ RAUM II
Jahn & Ekelmann GbR
Münzgasse 7, D-04107 Leipzig
Mobil +49 171 2142667
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung ▶ 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.